

PRESS RELEASE

Council of Europe
Commissioner for Human Rights



T +33(0)388413538 www.commissioner.coe.int press.commissioner@coe.int

Ref. CommDH 002 (2014)

Geschlechtsspezifische Abtreibungen sind diskriminierend und müssen verboten werden

Straßburg, 15.01.2014 – „Das selektive Abtreiben weiblicher Föten ist in China und Indien ein bekanntes Phänomen. Aber auch in einigen Gebieten Europas ist es verbreitet. Diese zutiefst diskriminierende Praxis ist eine Folge der Benachteiligung von Frauen in der Gesellschaft. Dies muss energisch bekämpft und gesetzlich verboten werden“, erklärte Nils Muižnieks, Menschenrechtskommissar des Europarates in seinem neuesten [Menschenrechtskommentar](#), der heute veröffentlicht wurde.

Unter den Mitgliedsstaaten des Europarates sind verzerrte Geschlechtsverhältnisse in Armenien, Aserbaidschan und Georgien bekannt; auch einige Balkanländer sind betroffen, vor allem Albanien und in geringerem Maß Montenegro, Kosovo* und Teile der „ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien“. Außerdem wurde das Phänomen in einigen Einwanderergruppen in Westeuropa festgestellt. Es besteht weitgehende Einigkeit, dass diese Missverhältnisse auf selektive Abtreibungen weiblicher Föten zurückzuführen sind. ([weiter...](#))

Pressekontakt im Büro des Menschenrechtskommissars:

Stefano Montanari, + 33 (0)6 61 14 70 37; stefano.montanari@coe.int
www.commissioner.coe.int; Twitter: [@CommissionerHR](#); [Facebook](#); [youtube](#)

* In diesem Text ist jeglicher Bezug auf das Kosovo, ob im Hinblick auf Hoheitsgebiet, Institutionen oder Bevölkerung, gemäß der Resolution 1244 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und unbeschadet des Status des Kosovos zu verstehen.

Der Menschenrechtskommissar ist eine unabhängige, nichtrichterliche Institution innerhalb des Europarates mit dem Auftrag, das Bewusstsein für die Menschenrechte und ihre Einhaltung in den 47 Mitgliedstaaten der Organisation zu fördern. Der Menschenrechtskommissar wird von der Parlamentarischen Versammlung gewählt. Der gegenwärtige Kommissar, Nils Muižnieks, hat sein Amt am 1. April 2012 angetreten.